

Halle'sche Zeitung

vorm. im G. Schwesfke'schen Verlage. (Halle'scher Courier.)

Intelligenzblätter für die hiesige polizeiliche Behörde oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf.

Reclamen am Schluß des Blattes nur 2 Pf., pro Zeile 40 Pf.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Thlr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich in erster Ausgabe Donnerstags 1 1/2 Uhr, in zweiter Ausgabe Montag 1 Uhr. Preis der Einzelnummer mit Berlin u. Weisig. Anstalt Nr. 108.

Nummer 130.

Halle, Mittwoch, 6. Juni 1888.

180. Jahrgang.

Halle, den 5. Juni.

Boulangers Antrag.

Boulangier ist mit einem Antrage auf Vernehmung der Revision der Verfassung in der Kammer hervorgetreten und — abgesehen. Dies ist das große Ereignis des getriggen Tages. Aufmerksam ist diese Motion durch das Auftreten des Ministerpräsidenten Fiquet in der die Revisionstabelle betreffende Kommission zur Besprechung worden. Fiquet erklärte dort, wie von uns berichtet, daß die Revision der Verfassung noch nicht für zeitig genug erachtet komme.

Er sagte u. a.: Die Regierung hoffe, die Revisionstabelle aber noch vor Ende dieser Verlegungsperiode, entgegen den Bestimmungen der offenen oder maskierten Tabelle der Republik und in vollem Einklange mit den über jeden Zweifel liegenden Grundsätzen der Gesamtheit der republikanischen Partei zur Lösung zu bringen. Das Ziel der Revision wurde während der Beratung der Verfassung vom Jahre 1875 ausgesprochen. Die Regierung erkennt wohl die Rechte der National-Verammlung in ihrem vollen Umfange an; sie glaubt jedoch, daß Kammer und Senat, die zusammen den Kongress bilden, sich verständigen und die tatsächlichen Grenzen der Revision feststellen sollten, und daß die Regierung hierbei die natürliche Vermittlerin zwischen den Ministern beider Häuser sein sollte. Zudem erklärt die Regierung, ohne jetzt schon die Beratung der Grundlagen dieser Unterabteilung vorzunehmen, daß sie einen Antrag, der aus der Vernehmung der Stimmen der Rechten und der Neo-Gharisten (das sind die Anhänger Boulangers) oder bloß aus einer republikanischen Minorität hervorgegangen wäre, nicht annehmen würde. In dem letzteren Falle würde die Regierung zurücktreten und einer anderen Regierung die Verantwortlichkeit für dieses Abenteuers überlassen. Sie würde das Mandat zur Revision bloß von einer republikanischen Majorität übernehmen, damit eine ernste Motion enthalte, welche die Hoffnungen der Monarchisten und der Rechten vor sich rückt und der Republik neue Kraft zur Überwindung der Krise, die sie zu durchschreiten hat, geben würde.

Boulangier also erschien gestern (Montag) um 2 Uhr in der Kammer, begleitet von einigen befreundeten Deputierten. In der Kammer brachte Boulangier den Antrag, die Revision der Verfassung betreffend, ein und verlangte Dringlichkeit für denselben. Darauf erhob die Begründung seines Antrages, in welcher er hervorhob, die Wahlen, welche so viele Kundgebungen auf seinen Namen veranlaßt hätten, machten es ihm zur Pflicht, die Leiden des Landes hier darzulegen. Die Krisis drohe sehr ernst zu werden. Frankreich habe schon nicht mehr das Vertrauen zum nächsten Tage, welches jedem wohlregierten Lande notwendig sei. Die Republik soll nicht das Eigentum von einzelnen Personen sein, sie soll alle Bürger ausschließen; wir haben eine Republik, die von einer Gruppe regiert wird. Dies ist ein Gefahr für das Land. Die Regierung der Republik muß für alle Interessen, für alle Meinungen Verständnis haben. Wir sind alle Republikaner, das heißt, wir wollen Freiheit und Gerechtigkeit für Alle. Fortgesetzt sind Kundgebungen auf meinen Namen erfolgt, es ist dies für mich eine Ehre, denn diese Kundgebungen stammen von patriotischen Männern, deren Herzen erlitten sind. (Sehr großer Widerspruch auf den Vänten der Opportunisten). Der Parlamentarismus erzeugt leicht unwürdige Gehehllichkeiten und führt den guten Willen. (Beifall auf der Rechten und äußersten Linken, starker Beifall auf den übrigen Bänken). Die Regierung muß eine vollständige Reform gewähren und nur die Revision der Verfassung kann eine solche Reform herbeiführen. Das gegenwärtige System giebt die Regierung in die Hände der privilegierten Klassen; der Parlamentarismus führt eine Spaltung in Gruppen herbei, welche nur ihren Interessen nachgehen; Ministerien, die aus Koterien hervorgehen, können nicht dauerhaft sein. Als Boulangier darauf von Ministern sprach, welche die Stimmen der Wähler durch Geld aus dem Staatskassette erkaufen wollen, forderte der Präsident Boulangier auf, seine Worte zurückzunehmen. Boulangier erklärt, daß er nicht die Absicht habe, seine früheren Kollegen anzugreifen. (Zuschmerender Beifall). Boulangier wies die Frage auf, ob überhaupt ein Präsident der Republik nötig sei, Frankreich würde einen solchen sehr wohl entbehren können. (Zuschmerender Unterbrechungen).

Nachdem der Präsident den Redner daran erinnert hat, daß es Zeit sei, seine Angriffe zu beenden, hebt Boulangier noch hervor, daß ein rekonstruirtes Frankreich, welches eine fahrgewisse Politik in seinen Verfassungen zum Ausdruck gebracht und sich auf eine mächtige Armee stütze, die beste Friedensbürgschaft für Europa sei; die gegenwärtige Kammer aber vermöge dem Lande eine solche Regierungsform nicht zu geben. Möge die Kammer auf die Wünsche des Landes hören, welches die Aufstellung derselben verlange. Boulangier schloß seine Rede, indem er seine Resolution betreffend die Revision der Verfassung und die Aufhebung der Kammer verlas.

Die Dringlichkeit für die Beratung des Antrags Boulangers wurde mit 377 gegen 186 Stimmen abgelehnt.

Das Bureau der Kammer hat beschlossen, Wilsons Bezüge als Deputierter zu kürzen, da er seit seiner Verurteilung den Sitzungen nicht beigewohnt.

Politische Mitteilungen.

* Der Kaiser. Ihre Majestäten waren Sonntag Nachmittag nach dem kleinen Garten gefahren. — Am Montag Vormittag fuhr der Kaiser nicht aus, nahm, wie schon

gemeldet, den Vortrag des Wirkl. Geheimraths v. Wilmsen auf der Terrasse entgegen und hielt sich dort längere Zeit auf. Zum Diner waren keine Einladungen ergangen. — Der Kaiser fühlte Vormittags etwas Kopfschmerz, der jedoch im Laufe des Nachmittags ziemlich geschwunden ist, jedoch Se. Majestät Nachmittags 6 Uhr mit der Kaiserin, gefolgt vom Flügeladjutanten und Mademoiselle, auf die Fahrt bis vor Bornstedt machte. Nach der Ausfahrt verweilte der Kaiser noch einige Zeit im Park.

* Ueber das Besondere der Frau Fürstin v. Bismarck hören wir, daß dieselbe in erfreulicher Weise sich in den letzten Tagen gebehrt hat, so daß die Fürstin im Stande ist, zeitweilig das Bett zu verlassen.

* Der durch seine Bestrebungen und Erfolge wohlbekannte Verein gegen den Wucher im Saargebiet hat neuerdings auf einen neuen Riß der Wucherer aufmerksam gemacht, der namentlich gegen die ländliche Bevölkerung angewendet wird. Die Herren Wucherer belibien nämlich, die Rateerückzahlungen nicht zu den festgesetzten Terminen einzuziehen. Sie lassen dann zunächst nichts von sich hören. Später ihre Schuldner nun nach längerer Zeit, während der sie vergeblich auf die versprochene Abholung des Geldes gearartet, das letztere ein, so verlangen die Wucherer die Zahlung der weiter gelaufenen Zinsen, obwohl die Schuldner das Geld unfrühtig haben im Kasten liegen lassen müssen. Das ist indessen noch das kleinere Uebel. Weit schlimmer ist es, wenn durch irgend einen Umstand, eine Notlage, eine gute Kaufgelegenheit, das nicht abgeholt, nun mißig daliegende Geld angegriffen und verwendet ist. Sicher fordert es dann bald der Gläubiger, mindestens hat er am nächsten Termintage zwei Ziele mit Zinsen zu beanpruchen. Diese sind dann kaum beschaffbar. Die Verlegungen beginnen und damit ist der Zustand der weiterer Verhandlungen und Vereinbarungen mit dem Gläubiger nötig macht. Die Grundzüge für neue und nicht gerade solche Beschäftigung ist gefestigt. Der gesamte Kredit in dieser Beziehung eine Warnung und fordert die ländliche Bevölkerung auf, bei Abgabe der Ratezahlungen zu den festgesetzten Terminen durch die Post an die Gläubiger vermitteln zu lassen.

* Wie mehreren Provinzial-Blättern gemeldet wird, beschäftigt es sich, daß im Ministerrat des Innern ein Bericht an den König über die zehnjährige Verwaltung dieses Ressorts in der Ausarbeitung begriffen ist. Bekanntlich haben mehrere Ministerien sich der gleichen Arbeit unterzogen; das Ministerium für Landwirtschaft hatte den Anfang gemacht, es folgte dann das Justizministerium und, wie man sich erinnern wird, in jüngster Zeit das Ministerium für die öffentlichen Arbeiten. Die Veröffentlichung der Berichte erfolgt stets auf besondere Weisung des Königs; es ist also noch nicht zu bestimmen, ob und in wie weit der Bericht des Ministeriums des Innern in die Öffentlichkeit gelangen wird. Mit der von Herrn von Puttkamer angeführt beabsichtigten Vertheidigungsschrift gegen den Vorwurf der Maßloseinseitigkeit scheint dieser allgemeine Verwaltungsbericht nicht zusammen zu hängen.

* Die „Nord. Allg. Ztg.“ verleiht einen dem „Hamb. Kor.“ entnommenen Artikel des „Großbanier“ über den Grafen Ignatien mit folgendem Kommentar: Wir haben schon früher bei Vernehmung der Latifundisten Artikel hervorgehoben, wie der Verfasser derselben an der Hand von Dokumenten nachweist, daß Ignatien keinen Grund habe, sich über Deutschlands Stellung auf dem Berliner Kongress zu beklagen, und daß, wenn man in Rußland mit den Ererbungen des Kongresses nicht zufrieden sei, man nicht Deutschland, das die russischen Vorkommen unterliegt habe, anfragen dürfte, sondern nur die russischen Vorkommen, die dem Kaiserlichen Zeit. d. h. den künftigen Großfürsten und dem General Ignatien.

Der „Großbanier“ geht noch einen Schritt weiter in der richtigen Erkenntnis der Lage nach dem Zurechtfinden, indem er den Vortrag von San Stefano als die Ursache der Rußlands unangenehme Verhältnis auf der Balkan-Halbinsel bezeichnet. Es ist soviel uns bekannt, das erste Mal, daß in der russischen Publizität ein so unbehagliches, auf die Russen ungünstiges Urtheil über die durch den verstorbenen kaiserlichen Großfürsten initiierte Thätigkeit des Grafen Ignatien laut wird.

* Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten bei der in den Kreisen Ost- und West-Sternberg vorgenommenen Reichstagswahl ergibt der Landrath Bohly (konservativ) 5218 und Witt (deutsch-freie) 2767 Stimmen. Ein kleiner Wahlkreis steht noch aus. Mit dem behaupteten Ausfall der Wahlwahl, an welcher die Deutsch-Freiwillichen sich beteiligen, zu Gunsten derselben scheint es also nicht zu sein.

* Der bisherige Consul in Barcelona, Richard Lindau, wurde zum Generalconsul ernannt.

* Oesterreich-Ungarn. Im angesehnen Abgeordnetenhaus wurde das Branntweinsteuergesetz in der zweiten Lesung angenommen. Am 5. findet die dritte Lesung statt, worauf die Session geschlossen wird.

* Schweiz. Anträge sind ausgemessen. Der Bundesrath hat Johann Ulrich Wölfler aus Hammer, welcher in Zürich lebt, des Landes verwiesen. Ferner wurde Martin Etter aus Württemberg, der zur Zeit in Stuttgart ist, der Aufenthalt in der Schweiz untersagt. Die Verurteilung der beiden eben Genannten erfolgte wegen lebhaften Aufheils an anarchischen Bestrebungen und wegen der Deposition einer klugen Dynamit bei dem Schrotter. Das Strafverfahren gegen Letzteren ist theils wegen Verjährung, theils wegen Mangel genügender Beweismittel sistirt.

* Belgien. Sozialdemokratische Demonstration. Der König begab sich gestern zu einer Besichtigung der

hydraulischen Hebemaschine des Kanals von Charleroi nach Soudange, einem Hauptmittelpunkt des belgischen Sozialismus! Eine Drosche des „Journal du peuple“ aus La Louviere meldet, daß bei der Durchsicht des Königs die Murschäfte gelungen und mehrfach der Ruf vernommen wurde: es lebe die Republik, es lebe das allgemeine Stimmrecht.

* Großbritannien. Das Unterhaus nahm in erster Lesung die Bill betreffend die internationale Konvention wegen des Branntweinhandels auf der Nordsee an. Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Ferguson erklärte, es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß die französische Klage auf den Winkwieser-Anstalt gehilt worden sei; es hätten nur einige Franzosen jüngst auf den Hauptfelsen nachsauer erachtet und um die Verlesung nachgehelt, in den Häuten der Fischer aus Jersey Schutz zu suchen.

See und Marine.

* Deutsches Reich. Wie wir bereits mitgetheilt, gilt es in unterrichtlichen Kreisen für wahrscheinlich, daß ein A. Reichsgericht in Sachen zum Kommando eines Armeekorps in Aussicht genommen ist. Namentlich werden dort dem Einigen die 2. Armeekorps-Inspektion übertragen werden soll. Derselben werden gegenwärtig das 1., das 2. und das 3. Armeekorps in Aussicht genommen. Seine Absicht als Kommandeur General führt. Zur 2. Armeekorps-Inspektion würden für den Fall der Besetzung derselben durch den Bezugszeiten von Braunschweig auch die Braunschweiger Truppen gehören.

* Spanien. Die zweite Besuche der großen Mänder begann am 29. August. Die große Königstube findet am 3. oder 4. September abgelaufen und dort statt. * Rußland. Nach einer Mitteilung der Pariser Militärischen Korrespondenz „Avenir militaire“ ist das Ministerium der Kriegsmarine von Kaiser von Rußland im Verzug angenommen worden. Die Nachrichten des „Avenir militaire“ gehen als unzuverlässig. Die Mitteilung ist daher sehr bemerkenswert. Man hat sich aber heute in St. Petersburg noch nicht zu einer bestimmten Aeußerung ausgesprochen, sondern wird die Frage nach den Bedingungen hinführen, namentlich die Bestellung eines russischen Admirals. Erst nachdem diese gelöst sein wird, soll zur endgültigen Wahl und zur Verteilung im Großen übergegangen werden. Bisher hatten die abweichenden Stimmen in Rußland gegen den Admiral abgesehen sich gehandelt, wenn er nicht genug das kleine Kaiser. Man hat besonders betont, daß das Verdan-Gewehr noch heute allen Anforderungen ausreicht entpreche. Nun ist man doch anderen Sinnes geworden.

Grubland, Kolonien und Reisen

* Aus Rußland (Kaukasus) gehen der „Nord. Allg. Ztg.“ mehrere Mitteilungen über die schon bekannt gewordenen seltsamen Naturerscheinungen in Rußland zu. Derselben lauten: Am 13. März, früh Morgens, etwa 7 Uhr, verpöbten wir am Flußufer, der Mandachow, die der Bay gleich eine Flußinsel, die etwa 1/2 Meile hoch liegt, dann schnell weiter zurücktrat, um etwa in 10 Minuten wieder in derselben Höhe zurückzuführen. Der Intervall zwischen Steigen und Fallen wurden allmählich größer und dauerten bis etwa 11 Uhr Vormittags. Wir vermuteten sofort, daß in nicht großer Ferne ein vulkanischer Ausbruch stattgefunden, der diese Welle erzeugt hatte. Diese Annahme hat Bestätigung gefunden.

* Die „Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Aufsat von Herzog Adolf's, der nicht an den Tod Stanleys glaubt, weil ostindische Nachrichten nichts Genaueres darüber melden, obwohl Angladischthalen in Afrika sich sehr schnell verbreiten. Stanley erlaube, daß Stanley nicht sein Reich behalten wolle, und habe deshalb vorgeschlagen, sich ein eigenes Reich zu schaffen im unabhängigen Teile des sogenannten Bahr el Ghazal.

Halle'sche Lokalnachrichten vom 5. Juni.

(Der Inhalt unserer Lokalnachricht ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.) — In hiesiger Gerichtsstelle wurde gestern das den Zottlermeister Wilhelm Böhm gehörige, unter No. 5 belagerte Grundstück, mit 900 „M Kubinhöhe veräußert, worauf das Grundstück an Frau Witwe Reischer hier mit 2150 Mark ab.

Essentielle Stadtverordneten-Sitzung in Halle.

Montag, den 4. Juni 1888. Vorsitzender: Herr Rath a. D. Umlitz. Schriftführer: Hans meiter Schulze. Am Magistratsrathe Oberbürgermeister Stadte, Bürgermeister Schneider, Stadtrath Dr. Overberg, Hübner, von Solly, Rademacher, Lohmann, Dr. Schroder. Der Magistrat leit einen Vortrag zum Verleihen von Lötin vor, der nachher von den Herren des Finanz-Kommission, Herrn Dr. B. Prof. Dr. Umlitz, im Namen dieser Kommission nach einem von derselben gehaltenen Vortrag zur Annahme empfohlen wurde. Der Herr Umlitz äußerte die Bemerkung einer Hülfsvermittlung für nach auswärts ausgeführt Bier nur dann, wenn zu dessen Verteilung mindestens 25 Kilo Gramm Wals per Hektoliter verwendet werden, bei dem Umlitz, bei Halle die meisten Bierbrauer nur letzteres Bier von etwa 20 bis 25 Kilogramm Wals per Hektoliter brauen, hätten für die einheimischen Brauer enthalte. Wenn der Magistrat erst mit einer Vorlage zur Würdigung dieser Väter vor die Verammlung trete, so ist der Grund darin zu suchen, daß die hiesigen Brauer nicht behaupten, durch gesetzliche Entscheidung für das ausgeführte Bier überhaupt aus freier zu werden, indem sie die Vernehmung der Stadt zur Erhebung einer kommunalen Biersteuer von dem nicht in der Stadt umfassend Bier bestritten, bekanntlich hat aber das Oberverwaltungsgericht durch rechtskräftigen Entscheid die Ansicht für richtig erklärt. Da nun das Halle'sche Bier in verschiedene Städte der Umgegend, zu Giebichen und Naumburg, ausgeführt wird, in denen auch noch andere Bierbrauer ebebenfalls sind, würde, ohne Zweifel, auch eine Hülfsvermittlung von dem von den ausgeführten Bier eine doppelte Besteuerung ausgelegt sein, wodurch die Konkurrenz derselben anderen Bieren gegenüber bedeutend erhöht würde. Zwar steht es in der Hand der Brauer durch Halle'sches Bier zu machen, sich die Brauer, die die Hülfsvermittlung zu sichern, inwiefern scheint es am Ort, die Konkurrenz der Halle's

Ich bin nicht ein Mensch. ...

... die Stadt von ...

... die ...

tion eines ...

Industrie, Handel und Finanzen.

... die ...

